

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften und Philosophie
Institut für Politikwissenschaft, Arbeitsbereich Politik und Geschlechterverhältnisse

Wahlprüfstein für die Kommunalwahl am 14.03.2021

Dieser geschlechterpolitische Wahlprüfstein wurde im Rahmen eines Projektstudiums von Studierenden an der Universität Marburg erarbeitet.

Zum Einstieg würden wir gerne von Ihnen wissen:

1. Wie stehen Sie zu Gleichstellungspolitik?

Für uns GRÜNE ist Gleichstellung ein zentrales handlungsleitendes Thema, das wir als umfassend betrachten. So ist uns etwa die paritätische Besetzung von Gremien auf allen Ebenen ebenso ein wichtiger Auftrag wie der Zugang zu Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter und über drei Jahren, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erreichen. Dafür will ich mich als Oberbürgermeisterin einsetzen.

Jugendpolitik und Freizeitgestaltung

Im Marburger Jugendbericht 2019 wird angegeben, dass 87% der insgesamt 23 Träger, die Jungen- und Mädchenarbeit anbieten, sich einer hohen Nachfrage dieser Angebote erfreuen. Allerdings befindet sich Jungen- und Mädchenarbeit trotz der hohen Nachfrage nicht unter den TOP 10 der häufigsten Angebote.¹

2. Wie wollen Sie dafür sorgen, dass es mehr geschlechtersensible Kinder- und Jugendarbeit in Marburg gibt?

Wir wollen eine stärkere Berücksichtigung von Gender/Sex in den Konzepten auch der öffentlichen Träger der Jugendhilfe. Wir unterstützen ausdrücklich die Arbeit der freien Träger im sozialen und kulturellen Bereich und ermutigen sie, weiterhin kreative und innovative Konzepte zu entwickeln, welche Gleichstellung als partizipative Angelegenheit begreifen und vermitteln. Darüber hinaus wollen wir schon in der frühkindlichen Bildung Konzepte zur kritischen Reflektion von Geschlechterbildern unterstützen. Die Teilnahme an diesen Angeboten muss für alle Kinder und Jugendliche möglich sein, unabhängig vom Geld, der Herkunft oder dem Wohnort (also auch in allen (Außen-)Stadtteilen) der Familie.

3. Wie möchten Sie (in Bezug auf Jugendpolitik und Freizeitgestaltung) auf die besonderen Bedürfnisse und die Mehrfachdiskriminierung von Frauen und Mädchen

¹ Magistrat der Universitätsstadt Marburg (2020): Marburger Jugendbericht 2019 - Perspektiven auf die aktuelle Situation der in Marburg lebenden jungen Menschen zwischen 14 und 21 Jahren, S. 121.

mit Behinderung reagieren? Wie möchten Sie geschlechtersensible und inklusive Angebote schaffen?

Gemeinsam mit besonders vulnerablen Frauengruppen wollen wir mehr Selbstorganisations- und Partizipationsräume in der Jugendarbeit erarbeiten. Dabei ist es uns wichtig, intersektionale Diskriminierung immer im Blick zu behalten. Bestehende Angebote wollen wir kritisch prüfen und überarbeiten, um Geschlechtersensibilität und Inklusion zu fördern. Dafür ist es uns wichtig, im Dialog die Bedürfnisse der Betroffenen herauszuarbeiten.

Care-Arbeit

Der Gender Care Gap zeigt (laut BMFSFJ), dass Frauen im gesellschaftlichen Durchschnitt täglich 52,4% mehr Zeit für unbezahlte Sorgearbeit verwenden als Männer.² Dazu gehört die Pflege und Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Erwachsenen. „9 von 10 Alleinerziehenden sind weiblich“, sagt Georg Thiel, Präsident des Statistischen Bundesamtes.³

4. In der Corona-Krise wurde die prekäre Lebenssituation von Alleinerziehenden besonders deutlich. Die Kinderbetreuung spielt hierbei eine wichtige Rolle. Wie wollen Sie alleinerziehende Frauen dahingehend in Zukunft unterstützen?

Gender Time Gap und Gender Pay Gap gehen häufig Hand in Hand. Zum einen muss die Einkommenslücke zwischen den Geschlechtern durch verschiedene Maßnahmen geschlossen werden: durch niedrigschwellige Beratung hinsichtlich Teilzeitarbeit und Fortbildungsmaßnahmen, vor allem für Frauen am unteren Gehaltsrand, durch gezielte Förderung und Unterstützung bei Aufstockung der Arbeitszeit und durch die Auslobung eines Equal-Pay-Preises, welcher vorbildliche Unternehmen auszeichnet. Wir möchten die Unterstützungsangebote für Alleinerziehende ausbauen und die Vereinbarkeit von Familie und Ehrenamt fördern (siehe dazu Frage 7).

Im Familienpflegegesetz ist festgelegt, dass Erwerbstätige im Fall eines ihrer Pflegebedürftigen Angehörigen ihre Arbeitszeit für max. 2 Jahre auf 75% reduzieren und anschließend wieder Vollzeit arbeiten können. Dies ist eine Entlastung und ein Schritt in Richtung Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es besteht trotz dessen kein Rechtsanspruch auf eine Familienpflegezeit und somit keine Sicherheit für die Erwerbstätigen, in solch einer Situation weiterhin ohne Komplikationen fest im Berufsleben zu stehen.⁴

2 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2019): Gender Care Gap - ein Indikator für die Gleichstellung. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/gender-care-gap/indikator-fuer-die-gleichstellung/gender-care-gap---ein-indikator-fuer-die-gleichstellung/137294#:~:text=Der%20Gender%20Care%20Gap%20betr%C3%A4gt,f%C3%BCr%20unbezahlte%20Sorgearbeit%20als%20M%C3%A4nner.&text=So%20leisten%20M%C3%A4nner%20pro%20Tag,vier%20Stunden%20und%2013%20Minuten> (Letzter Zugriff 21.01.2021).

3 Thiel, Georg (2018): Pressekonferenz "Alleinerziehende in Deutschland 2017". Statistisches Bundesamt, S.12.

4 Universitätsstadt Marburg (o.J.): Erwerbsleben.

<https://www.marburg.de/portal/seiten/erwerbsleben-900000415-23001.html?rubrik=900000066> (Letzter Zugriff 21.01.2020).

5. Wie kann die Stadt Marburg z.B. durch Hilfsangebote die Situation von pflegenden Arbeitnehmer*innen verbessern?

Die Stadt Marburg hat bereits durch ein gutes Beratungsangebot für pflegende Angehörige einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung getan. Sie sollte darüber hinaus Vorbild für private Arbeitgeber sein und sich verpflichten, dass Mitarbeiterinnen wie auch Mitarbeitern in gleichem Maße die Reduzierung der Arbeitszeit um 75% für 2 Jahre für die Pflege von Angehörigen auf deren Antrag hin gewährt wird, mit der Zusage anschließend wieder voll arbeiten zu können.

Politische Beteiligung

In der Legislaturperiode von 2016-2021 sind Frauen in der Marburger Stadtverordnetenversammlung nur zu 36% vertreten.⁵ Im Bundestag sind es aktuell sogar nur 30,9%.⁶ In beiden Fällen ist ein Rückgang im Vergleich zur vorherigen Legislaturperiode zu beobachten.

6. Wie wollen Sie mehr Mädchen und Frauen für Politik begeistern?

Das Mentoringprogramm "Frauen in die Politik" der Stadt Marburg war bisher sehr erfolgreich, auch ein begleitender vhs-Kurs existiert bereits. Solche Programme und Kurse wollen wir fortführen, sie sind aber mit relativ hohen Hürden verbunden für z.B. berufstätige Mütter oder Frauen mit Pflegeverantwortung. Um Frauen in verschiedenen Lebenssituationen anzusprechen, fordern wir eine Anpassung der Sitzungszeiten und bessere Betreuungsstrukturen auch außerhalb der Regeleinrichtungen. Wie während Corona praktiziert sind digitale Sitzungen bzw. hybride Formate eine Möglichkeit, die mehr Menschen die Teilhabe erleichtert. Auch die paritätische Besetzung von Gremien sehen wir als wichtige Maßnahme an. In unserer Partei haben wir dies bereits auf allen Ebenen etabliert.

7. Am 15.07.2016 beschloss die Stadtverordnetenversammlung mit der Beschlussvorlage VO/4941/2016 einige Maßnahmen, um Eltern besser in die Kommunalpolitik einzubinden.⁷ Welche Möglichkeiten sehen Sie, auch Menschen mit Familienverpflichtungen die Teilnahme an Sitzungen der kommunalen Mandatsträger*innen, sowie Dialog-Veranstaltungen für Bürger*innen, zu ermöglichen?

*Sitzungen kommunaler Mandatsträger*innen finden meist nachmittags bis abends statt, dies passt mit dem Tagesablauf von Eltern häufig nicht zusammen. Für eine familienfreundliche Gestaltung von Gremienarbeit und Teilnahme an städtischen Veranstaltungen muss eine adäquate Kinderbetreuung nach den Bedürfnissen der Betroffenen sichergestellt werden. Für reine Nachmittagsveranstaltungen wollen wir vermehrt Möglichkeiten schaffen, Kinder auch zu Gremienarbeit und Veranstaltungen mitzunehmen und Betreuungen am Sitzungs- bzw. Veranstaltungsort gewährleisten. Wir*

5 Magistrat der Universitätsstadt Marburg (2019): Besetzung der Gremien der Universitätsstadt Marburg, S. 3.

6 Bundeszentrale für politische Bildung (2017): Frauenanteil im deutschen Bundestag. <https://www.bpb.de/gesellschaft/gender/frauen-in-deutschland/49418/frauenanteil-im-deutschen-bundestag> (Letzter Zugriff 21.01.2021).

7 Neuwohner; Seitz (2016): Vorlage - VO/4941/2016. <https://www.marburg.de/all-ris/vo020.asp?VOLFDNR=13864#searchword> (Letzter Zugriff 21.01.2021).

*möchten Veranstaltungen evaluieren, vor allem die Geschlechterverteilung sowohl bei den gewählten Mitgliedern wie bei den Besucher*innen und, wenn nötig, anpassen. Die Erfahrungen mit den coronabedingten Einschränkungen von Veranstaltungen und die damit verbundene Verlegung ins digitale bzw. die Ergänzung von Veranstaltungen durch digitale Teilnahme wollen wir nutzen, um Personen in Betreuungssituationen eine angemessene Teilhabe zu ermöglichen.*

8. Was tut Ihre Partei oder Liste konkret, um mehr Frauen an der Politik zu beteiligen? (z.B. quotierte Liste, Mentoring Programme etc.?)

Bündnis 90/Die Grünen Marburg-Biedenkopf treten mit einer quotierten Liste für die Stadtverordnetenversammlung genauso wie den Kreistag und die Ortsbeiräte an. Nach unserem Frauenstatut, das 1986 auf Bundesebene beschlossen wurde, werden Gremien auf allen Ebenen paritätisch besetzt. Weiterhin existiert ein Mentoring-Programm auf der hessischen Landesebene. In vielen Kreisverbänden sowie auf Landes- und Bundesebene gibt es Feminismus/ Frauen AGs. Der Anspruch nach einer inklusiven und vielfältigen Besetzung unserer Gremien wurde durch das im letzten Jahr beschlossene Vielfaltsstatut erneut bestätigt.

Stadtgestaltung

Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben haben nicht alle Menschen die gleichen Voraussetzungen – ein Ansatzpunkt kann hierfür die Stadtentwicklung sein. Hier können Angsträume vermieden und sichere Begegnungsorte geschaffen werden, um allen Bürger*innen ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Im Jahr 2017 gaben 31,8% der Frauen an, sich in ihrer Wohnumgebung nicht sicher zu fühlen, bei Männern waren es nur 10,6%.⁸

9. Planen Sie der LGBTQI*szenen mehr Rückzugs- und Entfaltungsorte zu bieten? Wenn ja, wie?

*Wir wollen Frauen und Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans, Inter, und Queers (LSBTIQ) Schutzräume bieten und das Schweigen über geschlechter- bzw. sexualitätsbezogene Diskriminierung brechen; bestehenden Strukturen wollen wir Entwicklungsspielräume ermöglichen und deren Bestand sichern. Da die meisten gewalttätigen Übergriffe im privaten Bereich stattfinden, braucht es in Jugendamt und Stadtverwaltung eine qualifizierte Ansprechperson für LSBTIQ und differenzierte Beratungsstrukturen durch eine dafür geschaffene Stelle mit fester Mittelzuweisung. Weiterhin fordern wir Fort- und Weiterbildungen für Mitarbeiter*innen des Jugend- und Einwohnermeldeamts sowie die Sensibilisierung städtischer Einrichtungen und freier Träger für die Bedarfe älterer LSBTIQ. Wir möchten die Selbstorganisation queerer Menschen vor Ort fördern und unterstützen die Einrichtung eines queeren Zentrums in Marburg ausdrücklich.*

8 Bundeskriminalamt (2017): Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2017, V 1.2, S. 48, Abb. 24.

10. Wie stellen Sie sicher, dass diese spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Frauen, hinsichtlich der Vermeidung von Angsträumen, bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung berücksichtigt werden – zum Beispiel in neu erschlossenen Wohngebieten, wie aktuell „am Hasenkopf“?

Frauen und Mädchen gehen statistisch gesehen häufiger zu Fuß, die Sicherheit der Fußwege wird in der Stadtplanung jedoch häufig vernachlässigt. Das wollen wir ändern. Gemeinsam mit Organisationen und Initiativen wie dem Frauennotruf möchten wir außerdem Konzepte entwerfen und weiterentwickeln, um den öffentlichen Raum sicherer zu gestalten. In der Stadtbeleuchtung können smarte Technologien die Vermeidung von Angsträumen, aber auch Lichtverschmutzung vorantreiben. Auch Notfallknöpfe und Heimwegtelefone erachten wir als sinnvoll. Neben der Sicherheit im öffentlichen Raum muss aber auch der Gewaltschutz im Privaten eine große Rolle spielen, da hier die meisten gewalttätigen Übergriffe stattfinden.

Geschlechterspezifische Gewalt

Die Zahl der Fälle häuslicher Gewalt, der überwiegend Frauen ausgesetzt sind, ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Jede dritte Frau in Deutschland erfährt mindestens einmal in ihrem Leben physische oder sexualisierte Gewalt.⁹

11. Das von der EU geförderte Projekt „Marburg ohne Partnergewalt“ kämpft gegen häusliche Gewalt in Marburg. Doch die Unterstützung der EU läuft im September 2021 aus. Würden Sie die Arbeit, die aktuell über das Projekt geleistet wird, fortführen wollen? Wenn ja, wie wollen Sie dafür sorgen, dass das (neue) Projekt weiterhin Ressourcen hat?

Wir hoffen, dass nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie das Thema Partnergewalt auch für die EU präsent bleibt und die Förderung verlängert wird. In jedem Fall sollte diese Arbeit fortgesetzt werden und Mittel vom Bund, dem Land und der Stadt dafür beantragt werden.

12. In Marburg gibt es einige Hilfs- und Beratungsangebote in Bezug auf geschlechterspezifische Gewalt. Zum Beispiel den Frauennotruf, das Frauenhaus vom Frauen helfen Frauen e.V. oder Wildwasser Marburg. Doch viele Projekte und Vereine dieser Art sind unterfinanziert: Welche Angebote würden Sie finanziell mehr unterstützen? Wie möchten Sie dafür sorgen, dass dauerhaft ausreichend Angebote vorhanden sind?

Hilfs- und Beratungsangebote in Bezug auf geschlechterspezifische Gewalt sind von großer Bedeutung, die verschiedenen Angebote legen unterschiedliche Schwerpunkte, die in ihrer spezifischen Ausrichtung jeweils für sich einen wichtigen Beitrag leisten, der nicht zu vernachlässigen ist. Um diese Angebote aufrecht zu erhalten,

⁹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2020): Häusliche Gewalt – Frauen vor Gewalt schützen. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/gleichstellung/frauen-vor-gewalt-schuetzen/haeusliche-gewalt/haeusliche-gewalt/80642> (Letzter Zugriff 21.01.2021).

brauchen sie aber eine sichere und transparente Finanzierung. Für diese wollen wir sorgen.

Zum Schluss noch ein paar Fragen zu Ihrer Person und Partei:

- Ihr Name? Nadine Bernshausen
- Alter? 41 Jahre
- Geschlecht? Weiblich
- Beruf? Richterin
- Parteizugehörigkeit? Bündnis 90/Die Grünen
- Ihr Listenplatz? 1
- Wie viele Menschen kandidieren auf Ihrer Liste? 58
- Wie viele davon sind...
 - o Frauen? 29
 - o Unter 30? 7
 - o Menschen mit Behinderung? keine
 - o People of Colour? 3
 - o LGBTQI*? nicht bekannt
- Möchten Sie uns noch etwas anderes über Sie persönlich erzählen?

Als Mitgründungsmitglied des Vereins Vielfalt Marburg e.V. sind mir die Themen Diversität und Gleichstellungspolitik sehr wichtig.

Vielen Dank für Ihre Teilnahme! 😊

Bitte bis zum 01.03.2021 zurücksenden an :

Annette.Henninger@staff.uni-marburg.de